

3. Gegendarstellung: Arbeitsgemeinschaft DIE-LINKE-Stadtpolitik-Trier

Das wichtigste Gesprächsangebot, das ich Katrin Werner unmittelbar nach ihrem Fraktionsbruch und ihrer Absicht eines Wiedereinstiegs anbot, nämlich der Arbeitskreis DIE-LINKE-stadtpolitik-trier, wurde bislang noch gar nicht erwähnt. Die Anklageschrift thematisiert diesen Arbeitskreis ebenfalls, gibt von ihm allerdings ein vollkommen falsches und verzerrtes Bild ab und diskreditiert damit auch das Engagement von Genossen und Genossinnen, die sich engagieren.

In der Begründung zum Ausschlussantrag heißt es über den Arbeitskreis:

Seit April 2010 initiierte Dr. Johannes Verbeek, die AG Linke Stadtpolitik, die sich zur Aufgabe setzt, die kommunalpolitische Arbeit des Stadtrates aufzuarbeiten und vorzubereiten. Diese AG gründete er ohne Absprache mit dem OV; eingeladen sind dazu selektiv Mitglieder seines Vertrauens sowie Nicht-Parteimitglieder. Mitglieder der Kreispartei werden nur selektiv eingeladen.

1

Mit der Gründung der AG Kommunale Stadtpolitik wird eine Parallel- und Gegenstruktur zum Ortsverband aufgebaut, die den OV ohne Absprache (Gründung, inhaltliche Positionierung, die pressewirksam veröffentlicht wird) vor Tatsachen setzt und keinen gemeinsamen Weg in der politischen Arbeit sucht. Schon im Februar initiierte der OV Gespräche, dass ein Forum zwischen OV und Fraktion geschaffen wird, damit alle Mitglieder vor Ort an der kommunalpolitischen Willensbildung der Fraktion in der Beratung teilhaben können. Dies wurde von Dr. Johannes Verbeek verhindert. Erst nachdem die Fraktion platzte, gründete er ohne Absprache mit dem OV die AG Kommunale Stadtpolitik.

5

10

Die Aussagen über die OV-Sitzung in Zeile 9-12, die Unterstellung und der Zusammenhang zur Bildung einer AG entbehren jeglicher Grundlage

Zunächst eine Richtigstellung der Aussage in den letzten Zeilen: In der Sitzung vom Februar 2010 konnte ich wegen einer Krankschreibung nicht teilnehmen und war entschuldigt. Ich konnte also nicht mit diskutieren. Die in der Sitzung aufgekommene Idee, Fraktionssitzungen nur noch im zweiwöchigen Rhythmus stattfinden zu lassen, wurde an mich über das (kaum lesbare) Protokoll herangetragen. Zusammen mit der oben skizzierten Nichteinhaltung der Fraktionsvereinbarungen durch Katrin Werner und der Ausschussvertreter (u.a. Linde Andersen) und der eklatanten inhaltlichen Unproduktivität des OVs schon zu Kommunalwahlkampfzeiten (das Programm haben Karl-Georg-Schroll und ich verfasst), konnte ich das nur als Zeichen eines mangelnden Interesses an der Stadtpolitik werten. Meine Eindrücke nach dem Protokoll habe ich schriftlich zurückgemeldet, in der zunehmenden Ungeduld, dass Politik verwaltet, aber nicht getätigt wurde – wo es doch so viel für die Stadtratsarbeit zu bewältigen galt! Statt dass meine Genossen und Genossinnen sich von innen motiviert beteiligten, suchten sie nach „Anreizen“ für die Fraktionsarbeit! Wöchentlich verbrachte ich die Fraktionszeit mit dem Genossen Schroll, der einfach als Genosse, ohne Amt und Aufgabe in Gremien die Stadtrats-

Beleg 3.1.:

Protokoll OV-Sitzung vom 20. Februar 2010 mit einer kritischen Anmerkung zur Protokollführung und zu Inhalten von Karl-Georg Schroll

Eine Anfrage Anfang August an den OV-Vorsitzenden Wölfl nach ausgedruckten und lesbaren OV-Protokollen wurde von diesem auch nach seinem Urlaub ab 15. 8. nicht beantwortet.

Beleg 3.2.:

E-Mail vom 25.2.2010 an einige OV-Mitglieder, die zur Fraktionssitzung eingeladen waren.

sitzungen inhaltlich und sehr konstruktiv mit mir vorbereitete. Er gehört zu den Genossen, die nicht gemäß ihrer Wünsche und Kompetenzen in die Parteiarbeit eingebunden sind und über Jahre aus der Parteiarbeit ausgegrenzt werden (siehe unten Ausschussbesetzungen).

Bevor die nächste OV-Sitzung stattfand, in der man hätte diskutieren können, hatte Katrin Werner schon die Fraktion gekündigt.

Die Konstruktion, ich hätte die AG gegründet, weil ich den OV und die kommunalpolitische Willensbildung durch den OV nicht akzeptiere, ist eine böswillige Unterstellung.

Die gegensätzliche Konstruktion OV und auf der anderen Seite AG ist falsch. Die AG-Genossen sind auch OV-Genossen, können sich allerdings im OV nicht treffen, weil dieser seit dem 18. März nicht mehr mitgliederoffen getagt hat. Zudem „ersetzt“ der Arbeitskreis im praktischen Sinne die nun fehlenden Fraktionssitzungen und nicht die (ebenfalls fehlenden) OV-Sitzungen.

Die Aussagen über die Arbeitsgemeinschaft sind trotz einer allen Adressaten zugänglichen schriftlichen Präsentation der Arbeitsgemeinschaft (Einladung, Homepage) und trotz der Teilnahme dreier Antragssteller/innen (Herbster, Andersen, Schmitt) und trotz der Zugänglichkeit einer Landessatzung §7 vollkommen falsch.

Ein Arbeitskreis DIE-LINKE-stadtpolitik-trier ist im April 2010 von Johannes Verbeek und Karl-Georg Schroll gegründet worden. Dies erfolgte nach dem Fraktionsbruch von Werner im März 2010 und dem Wegfall von Fraktionsbüro und Vorbereitungsgruppe. Er sollte für Stadtratssitzungen eine neue Arbeitsstruktur bieten. Er war als Übergangslösung bis zu einer neuen Fraktionsgründung und zudem als Gesprächsangebot für Katrin Werner gedacht, die wie andere ebenfalls von Beginn an eingeladen waren. Dies ist durch die Einladungen belegt.

Die kurze Chronik der AG zeigt, dass die Arbeitsgruppe auf verschiedene Art und Weise verhindert werden sollte. (Diese Chronik der Verhinderung ist nun durch das Parteiausschlussverfahren zu ergänzen.) Solch eine Haltung der Genossen und Genossinnen (u.a. die Antragssteller/innen Herbster und Andersen), die sich auf verschiedene Art und Weise negativ engagiert haben, steht in fundamentalem Widerspruch zu einer mitgliederoffenen Grundhaltung anderen Genossen und Genossinnen im Ortsverband gegenüber und im Widerspruch zu §7 der Landessatzung. Werner argumentierte in einer KV-Sitzung am 4.6. 2010 parteiintern und Gleißner öffentlich in der Presse mit einer falschen Auslegung des §7 der Landessatzung, ohne sich bisher vom Gegenteil überzeugen zu lassen.

Die oben genannten geballten Vorwürfe eines exklusiven Kreises, der eine Parallelstruktur aufbaut, sind haltlos.

Der Arbeitskreis (später: die AG) war von Beginn an mitgliederoffen.

[Beleg 3.3.](#)

Kleine Chronik der Arbeitsgemeinschaft

[Beleg 3.4.](#)

Landessatzung §7

[Beleg 3.5.](#)

Einladungen an alle politisch Aktiven in Fraktion und Ausschüssen (Beispiel)

[Beleg 3.6.](#)

Einladung an 40-50 Mitglieder

[Beleg 3.7.](#)

Präsentation der AG auf der Homepage mit Einladung zu Treffen

[Beleg 3.8.](#)

Pressemitteilung 27.7.2010

[Beleg 3.9.](#)

Kopierte Protokollanfänge der Treffen der AG Die Linke Stadtpolitik zur Dokumentation der Teilnahme von Linde Andersen (Unterzeichnende), Marc-Bernhard Gleißner, Andreas Herbster (späterer Unterzeichner) und Wolfgang Schmitt (Unterzeichnender).

Den Forderungen im Schreiben sollte mit einer offiziellen Gründung einer Arbeitsgemeinschaft am 17.5.2010 entsprochen werden. Vom Sprecher Karl-Georg Schroll wurde Marc-Bernhard Gleißner gebeten, den KV über die Gründung zu informieren. Die Begründung, dass § 7 (4) mit dieser Gründung verletzt sei, trifft nicht zu – eine falsche Interpretation der Landessatzung.

Der Arbeitskreis wurde bereits am 1. 5. 2010 von mir und die Arbeitsgemeinschaft nach §7 der Landessatzung dann erneut am 4.6. 2010 von Karl-Georg Schroll per E-Mail an den OV-Vorsitzenden Wölfl mit der Bitte gemeldet, den Arbeitskreis im OV vorstellen zu dürfen. Diese Anfragen wurden nicht beantwortet. Ob sie weitergeleitet wurden und der OV-Vorstand informiert wurde, ist mir nicht bekannt. Bis heute war eine Vorstellung im OV nicht möglich, weil seit Monaten keine Sitzung des OVs stattfand.

Weder der OV, noch der KV kamen bisher der satzungsgemäßen Verpflichtung nach, die Arbeitsgemeinschaft DIE LINKE-stadtpolitik-trier einzubinden. In §7 (2) heißt es dazu nämlich:

... Sie [die Zusammenschlüsse, Arbeitsgemeinschaften] sind entsprechend ihrer Schwerpunktthemen **aktiv** in die Arbeit von Landesvorstand [bei KV ohne KV-Satzung: Kreisvorstand], Kommissionen und Arbeitsgremien aller Ebenen [hier: Ortsvorstand] einzubeziehen.

Der Vorwurf einer Parallelstruktur baut einen Gegensatz auf, den es nicht gibt: AG-Mitglieder sind auch OV-Mitglieder.

Der Vorwurf einer Parallelstruktur geht auf eine Argumentation von Marc-Bernhard Gleißner zurück, der sich in der KV Sitzung am 4. Juni 2010 in einem Nebengespräch als eigentlicher Verfasser der Argumentation im Schreiben von Andersen und Herbster (18.4.2010) zu erkennen gab. Auch bei seiner Teilnahme an einer AK-Sitzung am 26.4.2010 wurde seine falsche Einschätzung (anscheinend erfolglos) diskutiert und ist sogar im AK-Protokoll vermerkt:

Die allein von MBG vertretene Ansicht, der AK Linke-Stadt-Trier sei ein vom OV isoliertes Vorgehen, wurde deutlich widersprochen. Der OV trifft sich z.Zt. nicht. Wenn er sich wieder trifft, wird ein Tagesordnungspunkt die Vorstellung des AK sein. *(Johannes schreibt Wölfl an)*

Der Arbeitskreis ist natürlich keine Parallelstruktur zum OV. Der Arbeitskreis (später AG nach §7) sollte eine mit Fraktionssitzungen vergleichbare Arbeitsstruktur bieten. Wenn der Arbeitskreis eine Parallelstruktur sein sollte, dann müssten dies auch die Fraktionssitzungen sein, die sind allerdings im Fraktionsvertrag vereinbart worden!

Genossen, die im Arbeitskreis mitarbeiten, sollten immer die Möglichkeit haben, auch OV-Sitzungen zu besuchen (wenn sie denn stattfänden). Im Falle von OV- Sitzungen war bereits bei der Gründung ein früherer Beginn

[Beleg 3.11](#)
Gründungsprotokoll

[Beleg 3.11a](#)
E-Mail von Georg Schroll zur Abgabe des Gründungsprotokolls im Wahlkreisbüro

[Beleg 3.12](#)
Unbeantwortete E-Mail an Wölfl am 1.5.2010

[Beleg 3.13](#)
Unbeantwortete E-Mail von Georg Schroll an Wölfl am 4.6.2010 mit Erklärungen

[Siehe Beleg 3.4](#)
Landessatzung §7 (2)

Protokollausschnitt AK vom 26.4.2010

[Beleg 3.14:](#)
Typisches Protokoll zur Einschätzung der inhaltlichen Ausrichtung (unter den Anwesenden ist der Unterzeichnende Wolfgang Schmitt!)

der Sitzungen vereinbart worden! Im AK-Protokoll vom 17.5. 2010 heißt es dazu sogar explizit:

Das nächste Treffen (31.05.2010) findet evtl. schon im Wahlkreisbüro Paulinstraße statt, je nach Fortschritt der Anerkennung als AG. Georg informiert. Andere Orte, so z.B. die Gaststätte Postillion, können abwechselnd Treffpunkt sein. Die Treffen werden montags ab 19.00h stattfinden. Wenn dann montags auch eine OV-Sitzung sein wird, beginnt der AK eventuell früher, damit die Gruppe auch am OV teilnehmen kann. Am Montag wird als Tag für das Treffen festgehalten, weil hier die Fraktionssitzungen stattfanden und dieser Tag seitens der Stadt von Gremienarbeit und Ausschusssitzungen frei gehalten wird.

Anmaßung, die Arbeit von Genoss/inn/en abzuwerten

Eine persönliche Bemerkung sei erlaubt: Die Anmaßung der Verfasser/innen Klotz, Göttlicher, die m.W. noch nie einen inhaltlichen Beitrag zur Stadtpolitik geleistet haben und die Anmaßung von Andersen und Schmitt, die vorrangig nur in ihrem Themenspektrum engagiert sind, sich ernsthaft über die inhaltliche Positionierung und die pressewirksame Präsentation der AG DIE-LINKE-stadtpolitik-trier Gedanken zu machen, zeugt von einem unverständlichen Selbstbewusstsein.

Die Gruppe DIE-LINKE-stadtpolitik-trier hat – ungebremst eben – allein in drei Monaten 10 Sitzungen von 2-3 Stunden absolviert und eine Homepage mit 30 Beiträgen veröffentlicht, die sich - wie ich glaube- sehen lassen kann. Wie kann man allen Ernstes eine derart produktive Gruppe nicht unterstützen, wie über die Presse am 30.7.2010 Gleißner zitiert wird, der sogar noch juristisch falsche Behauptungen verbreitet:

„Solche Zusammenschlüsse bleiben der Landesebene vorbehalten. Sie sind auf der Kreis- oder Ortsverbandebene nicht möglich.“, betonte Gleißner. „Themen der Stadtpolitik sind Sache des Ortsverbands, alles daneben wären nur Parallelstrukturen.“

Die Landessatzung gilt, wenn es keine Kreissatzung gibt. Zudem wird in §7 (4) wird sogar der Begriff „kreisweite Zusammenschlüsse“ benutzt. Der Ortsvorstand hat in Fraktionsfragen beratende Funktion, keine entscheidende, wie bereits in der Gegendarstellung zum Thema „Fraktion“ unter Punkt 2.1 und 2.3. ausgeführt.

AG: Einziger Ort für mitgliederoffenen Stadtratsvorbereitung

Zudem kann der OV nicht die Arbeit einer Fraktion (oder ersatzweise einer intensiv arbeitenden Arbeitsgruppe) ersetzen, der fundamentale Denkfehler von Werner und Gleißner. Zudem missachten alle Personen, die die Meinung vertreten, der OV *entscheide* Fraktionsbelange wie Ausschussmitglieder und Inhalte eindeutig den Fraktionsvertrag:

§ 4 Die Fraktion

1. Die Versammlung der Fraktionsmitglieder bestimmt die Grundlinien der Politik der Fraktion auf der Grundlage des Kommunalwahlprogramm der Partei DIE LINKE in Trier für die Kommunalwahlen 2009 und entscheidet über alle anstehenden Ein-

Protokollausschnitt AK vom 31.5.2010 (unter den Anwesenden sind Marc-Bernhard Gleißner, Andreas Herbst und Linde Andersen!)

Homepage der Arbeitsgemeinschaft:
www.DIE-LINKE-stadtpolitik-trier.de

[Beleg 3.15](#)
[TV Artikel vom 30.7.2010](#)

[Beleg 3.16:](#)
[Unbeantwortete E-Mail an Gleißner zur erneuten Aufklärung über Existenzberechtigung der AG \(31.7.2010\)](#)

[Siehe Beleg 2.1:](#)
Fraktionsvertrag

zelfragen. Der OV hat hierzu beratenden Status.

2. Wählt den die unter § 3 genannten Organe, bestimmt/schlägt vor die auf die Fraktion entfallenden Mitglieder der Ausschüssen und die Vorsitzenden für die Ausschüsse, die der Fraktion zuarbeiten. Entsprechendes gilt auch für die di zu bestellenden Mitglieder anderer Gremien, Aufsichtsräte usw.

Dies schließt Gespräche und gemeinsame Beratungen mit dem OV nicht aus, was fälschlich unterstellt wird. Am 1. Mai 2010 habe ich dem OV-Vorsitzenden regelmäßige Berichte aus dem Stadtrat angeboten und auf die Informationsmöglichkeit über meine Homepage aufmerksam gemacht. Ich habe darauf keine Antwort erhalten.

Eine Anmerkung sei an dieser Stelle erlaubt: Offen bleibt in dieser Argumentation wie Katrin Werner ihre Stadtratsitzungen ohne Treffen des Ortsverbandes vorbereitet. Es verwundert z.B, dass im Juni ein Kommentar zum Bürgerhaushalt 2010 auf der Homepage www.die-linke-trier.de nun plötzlich als Arbeitsergebnis einer ganzen 5köpfigen Gruppe, die sich explizit als „Mitglieder des OV DIE LINKE.Trier“ bezeichnen, erscheint. Eine mitgliederoffene Einladung wurde nicht verschickt, ein Gespräch mit mir als Stadtrat, der im Beirat des Bürgerhaushaltes die LINKE gegenüber der Stadtverwaltung vertritt, wurde nicht gesucht!

Der Vorteil für Katrin Werner ist die Infrastruktur eines Wahlkreisbüros und fest angestellter Mitarbeiter, die im Falle von Marc-Bernhard Gleißner in Personalunion auch im OV- und im KV sind. Da bleibt in der Verwischung von Aufgaben Zeit für die Vorbereitung des Stadtrats – auch ohne OV-Sitzungen und ohne Fraktionssitzungen. Diese Infrastruktur habe ich nicht und würde sie übrigens auch nicht – verschiedene Ämter vermischend – so nutzen wollen. Eine Sitzung „Kommunale Beratung“ fand im Wahlkreisbüro von Katrin Werner wohl am 14.6.2010 statt, was ich über einen Genossen erfuhr, weil das Wahlkreisbüro plötzlich für die AG DIE-LINKE-stadtpolitik-trier nicht mehr zur Verfügung stand.

Eingeladen waren hier allerdings nur Vertraute von Katrin Werner! Ich als ihr Stadtratskollege nicht. Meine Nachfrage wurde nicht beantwortet.

Siehe Beleg 3.11
Unbeantwortete Mail an
Wölfl

Beleg 3.16a
Screenshot
www.die-linke-trier.de mit
aktuellem Kommentar
zum Bürgerhaushalt

Beleg 3.17:
Unbeantwortete E-Mail
an Gleißner (14.6.2010)

Zusammenfassende Stellungnahme

Nur AG Linke Stadtpolitik Trier ermöglicht mitgliederoffene Vorbereitung von Ratssitzungen

Es gibt für mich und eine Reihe von Genossen keine Möglichkeit, an Treffen zur Vorbereitung von Stadtratsitzungen zu partizipieren: OV-Sitzungen finden seit März nicht statt, irgendwelche Sitzungen mit dem Titel „Kommunale Beratungen“ sind nicht mitgliederoffen. Es fehlt also die satzungsgemäße Unterstützung von Mandatsträgern nach §6 seitens des OV-Vorstandes.

Für die Koordination meiner Arbeit mit der Stadträtin Werner gibt es keine mir bekannten Treffen. Mein Angebot eines Arbeitskreises als Übergangsmodell bis zu einer Fraktionsneubildung hat Katrin Werner nicht angenommen. Der OV, der sich nicht trifft, kann zudem nicht der Diskussionsort für die

immensen Anforderungen, die die Stadtratsarbeit stellt, sein. Laut den Empfehlungen zur Organisation von Orts- und Kreisverbänden ist dies auch nicht seine Aufgabe und der Fraktionsvertrag sieht eine Kooperation, nicht einen *Ersatz* von Fraktionssitzungen durch den OV vor, wie dies von Werner und Gleißner verfolgt wird und in dem vorliegenden Antrag zur Argumentation in Unkenntnis der satzungsgemäßen Grundlagen übernommen wird.

Die Arbeitsgemeinschaft DIE-LINKE-stadtpolitik-trier stellt einen nach §7 geordneten innerparteilichen Zusammenschluss dar, der einen Übergang bis zur Fraktionsbildung leistet.

Die Bereitschaft der Personen im Ortsvorstand hat bislang nicht in Ansätzen erlaubt, den hohen zeitlichen Anforderungen der Stadtratsarbeit Rechnung zu tragen. Fraktionen anderer Parteien treffen sich nicht umsonst wöchentlich mehrstündig zu intensiven Arbeitssitzungen in ihren Fraktionsräumen. Genossen, die bereit sind, dieses zeitliche Anforderungsniveau zu erbringen, werden ausgegrenzt durch Parteiausschlussverfahren (wie in meinem Fall), Einspruch gegen Mitgliedschaft (z.B. meine Frau) oder Nicht-Achtung von Kompetenzen (z.B. Genosse Schroll). Es gehört zu einem gelungenen Einbinden von Mitgliedern, diese auch gemäß ihrer Interessen tätig werden zu lassen.

Es sei hier betont, dass mir die Arbeit im Stadtrat und eine sachpolitische Diskussion sehr wichtig sind. Man könnte auch sagen: Ich bin mit Freude dabei. Ich habe seit einem Jahr erlebt, in meinem Engagement für die Linke Politik in Trier ununterbrochen ausgebremst zu werden, was das, was passiert ist, wahrscheinlich noch viel zu milde beschreibt.